

Konferenz am Welttag des geistigen Eigentums

Luxemburg, patentes Land

Gesetz fördert Profit aus „Intellectual Property“ / Luxemburger Recht soll einfacher werden

VON ARNE LANGNER

Patentrecht ist nicht nur für Unternehmen ein Thema, das beachtet werden muss. Mit einem europäischen Gemeinschaftspatent ist die Politik bereits seit Jahren beschäftigt. Kleinere Fortschritte stehen in naher Zukunft auf europäischer Ebene an. In Luxemburg gab es mit dem neuen Gesetz über die Nutzung „Intellectual property“ (IP) bereits im Dezember 2007 einen großen Fortschritt.

Beim „IP Day“ in der Handelskammer – der ersten großen Luxemburger Veranstaltung rund um geistiges Eigentum – standen am Freitag vor allem die Patente im Mittelpunkt der Debatte. Zwar geht es beim Stichwort IP auch noch um Urheberrechte (wofür in Luxemburg eigens die Organisation Luxorr gegründet wurde), Lizenzen, Marken, Modelle und selbst den Handel mit Domain-Namen, doch im Fokus nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik rangieren Patente ganz oben auf der Agenda.

Zum 1. Mai soll der Vertrag von London in den EU-Staaten umgesetzt sein. Dieser sieht vor, künftig Kosten für die Übersetzung von Patenten in die einzelnen EU-Sprachen zu sparen. Nach der Londoner Vereinbarung, die aus dem Jahr 2000 stammt, sollen Patente künftig nur noch in maximal drei Sprachen (Französisch, Deutsch, Englisch) übersetzt werden. Internationale Wirtschaftsverbände hatten schon vorher ausgerechnet, dass so rund 30 Prozent der Kosten eingespart werden können.

Aus Sicht von Wirtschaftsminister Jeannot Krecké ein Fortschritt für das europäische Patentrecht. An einem Gemeinschaftspatent wird noch immer gearbeitet, mit einer Einigung auf Ministeriebene rechnet Krecké allerdings nicht vor Ende des Jahres, sagte er beim „IP Day“.

Ideen, ihr Schutz und ihre Verwertbarkeit hängen unmittelbar zusammen. In dieser Harmonie spielen auch Ökonomie und Innovation eine Rolle: Vor allem kleine und mittlere Unternehmen nutzen bislang viel zu wenig die Möglichkeiten, sich ihre Ideen patentieren zu lassen und sie damit vor dem unerlaubten Kopieren Dritter zu schützen. Der Abbau von administrativen Hürden spielt dabei auch eine tragende Rolle. Laut Wirtschaftsminister, dem die nationale Patentbehörde („Direction de la propriété intellectuelle“) untergeordnet ist, werde im Augenblick mit Hochdruck daran gearbeitet, die informatische Datenverarbeitung für die Zulassung von Patenten drastisch zu vereinfachen – und so Antragstellern den Weg zu ebnen.

Das Ziel der Regierung liegt darin, vor allem mittelständische Unternehmer aus Luxemburg stärker zu motivieren, Patente anzumelden. Innovation soll als Motor für eine wettbewerbsfähige Zukunft der Luxemburger Wirtschaft wirken, um mehr Patentanmeldungen im Land zu haben. Zwar gibt es mehr als 26 000 Patente im Land, 56 Prozent davon wurden von Holdinggesellschaften hinterlegt – nur 31 Prozent dagegegen stammen von Unternehmen, die in Luxemburg

auch aktiv sind.

Neben der administrativen Vereinfachung öffnet der Staat mit dem Gesetz 5801 vom 19. Dezember 2007 Tür und Tor auch weit für Ausländer, die Rechte, die aus der Nutzung von geistigem Eigentum entstehen, in Luxemburg verwalten lassen wollen. Das Gesetz ermöglicht es, die Unternehmenssteuern bis zu 80 Prozent zu senken, wenn die Umsätze aus der Nutzung von geistigem Eigentum in Luxemburger Gesellschaften verwaltet werden. Deutliches Interesse am Markt gibt es bereits – vom Domainhandel im Internet bis hin zur Rechte-Vermarktung von Spitzensportlern und Künstlern.

Eine Reihe von Künstlern aus Israel will künftig ihre Urheberrechte in Luxemburg verwalten lassen. Die Artisten seien unzufrieden mit dem Copyright-Management von Acum, der israelischen Gesellschaft zur Verwaltung von Urheber- und Autorenrechten, heißt es in einer Pressemitteilung der Kanzlei von Anwalt Moshe Zingel.

Der israelische Jurist soll vor Gericht erstreiten, dass die Gruppe ihre Autorenrechte künftig von der Luxemburger Gesellschaft für Autorenrechte, Sacem, verwalten lassen kann. Bislang hat Acum in Israel ein Monopol auf die Rechte-Verwaltung. Laut einem Urteil des israelischen Antikartell-Gerichts von 2004 sollte das Monopol aber aufgebrochen werden. „Allerdings hat das Gericht niemals die dafür notwendigen rechtlichen Mittel gegeben“, so Zingel. Diese will der Anwalt nun erkämpfen.